



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Christian Hierneis, Patrick Friedl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Personalausstattung der Regierungen (Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker)
(Kap. 12 30 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 12 30 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) von 2.557,4 Tsd. Euro um 300,0 Tsd. Euro auf 2.857,4 Tsd. Euro erhöht.

Mit den Mitteln werden 7 Planstellen der BesGr. A 14 (Chemieoberräte, Chemieoberrätinnen) an den Regierungen neu ausgebracht.

Der Stellenplan wird entsprechend geändert.

Begründung:

Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker stellen mit ihrer fundierten Ausbildung u. a. im Lebensmittelrecht einen unverzichtbaren Baustein im gesundheitlichen Verbraucherschutz und der Lebensmittelkontrolle dar. Insbesondere in den Bereichen nichttierische Lebensmittel und Non-Food-Produkte (Kosmetika, Bedarfsgegenstände, Tabak, Tätowiermittel) leisten sie als Sachverständige einen wichtigen Beitrag zum gesundheitlichen Verbraucherschutz. Dennoch ist an den Bezirksregierungen – den obersten regionalen Vollzugs- und Aufsichtsbehörden im gesundheitlichen Verbraucherschutz – derzeit keine einzige Lebensmittelchemikerin bzw. kein einziger Lebensmittelchemiker angestellt oder im entsprechenden Stellenplan vorgesehen.

Eine Petition des Verbands der höheren Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e. V. (VHBB) von August 2020, in der um die Schaffung je einer neuen Stelle pro Regierung gebeten wurde, wurde mit „Würdigung“ beschieden. In der Stellungnahme des Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber zu dieser Petition heißt es: „Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) beabsichtigt, die Anliegen der Petition, im Rahmen noch zu schaffender Ressourcen und Stellen, aufzugreifen. Der Einsatz von staatlich geprüften Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemikern an den Regierungen wäre ein wichtiger Beitrag für eine umfassende Weiterentwicklung und interdisziplinäre Ausrichtung der Lebensmittelüberwachung. Als Naturwissenschaftler mit fundierter Ausbildung im Lebensmittelrecht fungieren sie als überaus wertvolles Bindeglied zwischen Wissenschaft

(LGL) und Rechtsanwendung im Vollzug. Bei der Umsetzung von Lebensmittelgutachten im Vollzug können staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker an den Regierungen eine wesentliche Unterstützung für die Kreisverwaltungsbehörden darstellen. Das StMUV wird sich im Rahmen des Einzelhaushaltsplans 2022 für die Schaffung von neuen Planstellen an den Regierungen zur Stärkung der Lebensmittelüberwachung aussprechen“.

Trotz des durchaus positiven Ausgangs der Petition und der Zusicherung von Staatsminister Thorsten Glauber enthält weder der Haushaltsplan 2022 noch der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans 2023 der Staatsregierung die entsprechenden neuen Stellen für Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker an den Regierungen. Im Sinne des gesundheitlichen Verbraucherschutzes gilt es die nötigen Personalressourcen zur Verfügung zu stellen und entsprechende Stellen für Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker an den Bezirksregierungen zu schaffen.